



Liebe Leser,  
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen .....</b>	<b>5</b>
99,98% der Menschen im Landkreis Bautzen NICHT an Corona erkrankt!.....	5
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen .....	6
Zig Millionen Euro für Transgender und Flüchtlinge: Warum habt ihr kein Geld für Familien? ..	6
<b>Termine – Kreisverband Bautzen.....</b>	<b>7</b>
<b>Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag .....</b>	<b>8</b>
Jetzt AfD-Mitglied werden!.....	8
Webseite Karsten Hilse, MdB .....	8
<b>Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag</b>	<b>8</b>
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 20.6.2021 .....	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.6.2021 .....	11
Zahl der Woche: 78% der Positiv-Getesteten waren nicht anstecken! .....	11
Zehn Argumente für Kernenergie .....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.6.2021 .....	13
Neue Corona-Verordnung: Eigenverantwortung statt Gängelung! .....	13
Wer hat Angst vor Volkes Stimme? .....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.6.2021 .....	14
Die Rente mit 68? Gegenwind von der AfD! .....	14
Große Löcher in der Staatskasse: Für was gibt die Regierung unser Geld aus? .....	15
Die Corona-Politik hat einen tiefen Spalt in unsere Gesellschaft getrieben!.....	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.6.2021 .....	16
1.000 Meter Abstand festschreiben: Anwohner vor Windparks schützen!.....	16
Keine Experimente mit der Stromversorgung: Laufzeit von Kernkraftwerken verlängern .....	16
Windindustrie im Wald = Vernichtung von Wald! .....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.6.2021 .....	17



Regierung weigert sich, Antikörpernachweis anzuerkennen!.....	17
<b>Neues von der Alternative für Deutschland .....</b>	<b>18</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.6.2021 .....	18
CDU/CSU in Teilen lernfähig – Kräftige AfD-Anleihen im Wahlprogramm .....	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.6.2021 .....	19
Doppelt so großer CO2-Fußabdruck der E-Mobilität entlarvt Klima-Wahn der EU .....	19
Laschet will das Grundgesetz außer Kraft setzen.....	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.6.2021 .....	20
Unser Staatshaushalt muss solide sein .....	20
Mehrheit der Deutschen unterstützt islamkritische AfD-Positionen .....	21
26 Milliarden Euro für uns, fast 200 Milliarden für Italien .....	21
SPD-Generalsekretär auf strammem AfD-Kurs .....	22
<b>Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....</b>	<b>22</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 19./20.6.2021 .....	22
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Tino Chrupalla reist nach Moskau.....	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.6.2021 .....	23
Scholz interessiert Beninpreis nicht.....	23
Wenn Bundesministerien die Zukunft weisen - Was kommt als nächstes? .....	23
PCR-Tests können keine Grundlage für Grundrechtseingriffe sein.....	23
AfD-Fraktion gratuliert dem ersten Rabbiner der Bundeswehr zur Amtseinführung .....	24
Jeder Zweite bleibt nach Vermittlung in den Arbeitsmarkt auf staatliche Leistungen angewiesen .....	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.6.2021 .....	25
Chrupalla legt in Moskau Kranz am Grabmal des unbekanntenen Soldaten nieder.....	25
Brüssel lenkt mit dem Feindbild Orban von den eigenen Problemen ab .....	25
Regenbogen-Debatte um Stadion – Deutschlands Überheblichkeit ist grotesk.....	26
Armenien hat Regierungskurs bestätigt.....	26
Union erschreckend ratlos beim Thema Rente.....	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.6.2021 .....	28
Irre: Sachsen will Maskenpflicht im Juli fortsetzen, selbst wenn die Inzidenz auf null fällt! .....	28
Afghanistan – Ein „geordneter Rückzug“ aus einem Desaster.....	28
Generalbundesanwalt lässt Linksgrün im Bundestag angesichts der islamistischen Terrorgefahr verstummen.....	29
Parlamentarische Versammlung des Europarats bekräftigt Verbot der Impfpflicht dank Engagement der AfD-Fraktion .....	29



Fünf Jahre Brexit-Referendum – und Großbritannien ist nicht untergegangen .....	30
EU-Kommission arbeitet bei E-Mobilität mit falschen Zahlen .....	30
Das Verwaltungsgericht Berlin hat unsere Position bestätigt .....	31
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.6.2021 .....</b>	<b>32</b>
Merkels Versprechen zur Aufklärung des islamistischen Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz wurde nicht eingelöst.....	32
Änderung des Infektionsschutzgesetzes unter der Tarnkappe ist Missachtung des Parlaments .....	32
Funktionierende Demokratien brauchen keine Sprech- und Schreibdiktatur.....	33
Mangelhafte Prognosen gefährden Energieversorgung – Kernkraftwerke weiterlaufen lassen .....	34
Wenn wir die Weidehaltung in Deutschland erhalten wollen, müssen wir den Wolf regulieren	34
Nationale Tourismusstrategie wird zur Lachnummer .....	35
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.6.2021 .....</b>	<b>35</b>
Verfassungswidrige Forderungen – Kretschmann muss umgehend zurücktreten.....	35
<b>Video-Empfehlungen .....</b>	<b>36</b>
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag .....	36
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....	36
Kanal von AfD Kompakt TV .....	36
Wochenendpodcast der AfD.....	36
AfD im EU-Parlament.....	36
<b>Meldungen aus Deutschland und der Welt .....</b>	<b>37</b>
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	37
Lehrer sollen nicht mehr „Junge“ und „Mädchen“ sagen.....	37
Great Reset: Was und wer steckt dahinter?! .....	37
Merkel Regime lässt Wohnung von Immunologen Prof. Hockertz stürmen.....	37
Ungarns Premier will Befugnisse der EU einschränken .....	37
VIKTOR ORBAN SAGT REISE ZUM EM-SPIEL NACH MÜNCHEN AB UND MAHNT DEUTSCHE POLITIK.....	37
Das steht im Gesetz der Regierung Orbán – jetzt erstmals in deutscher Sprache .....	37
Polen springt Ungarn zur Seite und verteidigt umstrittenes Gesetz gegen Homosexualität ....	37
Kickl: Keine Staatsbürgerschaft mehr für Türken.....	37
Von wegen Remis: Ungarn moralischer Sieger! .....	37
Informationen zum Coronavirus .....	37
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard .....	37



Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard .....	37
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands .....	38
Ex-Vizepräsident von Pfizer packt aus: „Wir stehen an den Pforten der Hölle“ .....	38
Virologe Hendrik Streeck kritisiert Debatte über Delta-Variante - „Unnötige Angst“ .....	38
Beweise, dass der Covid-19-Impfstoff Kinder tötet .....	38
WHO ändert Empfehlung: Kinder und Jugendliche nicht impfen!.....	38
Forscherteam lässt aufhorchen: Masken nützen nicht – sie machen krank .....	38
Corona-Infos für Sachsen .....	38
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	38
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen .....	38
Corona-Statistik Landkreis Bautzen .....	38
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“ .....	38
Schießerei in Berlin-Wedding: Drei Männer schwer verletzt .....	38
<b>Fakten in Bildern .....</b>	<b>39</b>
<b>Achtung Satire! .....</b>	<b>40</b>
<b>Kommunalmandate im KV Bautzen .....</b>	<b>41</b>
<b>PRESSE-ARCHIV .....</b>	<b>41</b>
<b>SPENDENKONTO .....</b>	<b>41</b>
KONTAKT:.....	41



## Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

**99,98% der Menschen im Landkreis Bautzen NICHT an Corona erkrankt!**

**CORONAZAHLEN**  
**IM LANDKREIS BAUTZEN**



aktuell  
**50 Erkrankte**  
von 300.000 Einwohnern = 0,02%

**99,98% Gesunde Menschen**  
**Epidemische Notlage? Echt?**

Stand 23. Juni 2021  
Quelle: <https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>



### PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen

#### **Zig Millionen Euro für Transgender und Flüchtlinge: Warum habt ihr kein Geld für Familien?**

Laut einer AfD-Anfrage wurden im letzten Jahr nur 498.228 Euro für Familien-, Ehe- und Lebensberatung in Sachsen ausgegeben (Drs. 7/[6620](#)). Dazu erklärt die familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, [Doreen Schwietzer](#):



„Familien- und Eheberatung hat offensichtlich bei der CDU-geführten Staatsregierung keinen besonderen Stellenwert. Allein für die Unterstützung von Schwulen, Lesben und Transgender gibt die Regierung 800.000 Euro aus – das ist fast das Doppelte. Noch viel mehr Geld ist der Landesregierung der angebliche Kampf für mehr ‚Toleranz und Weltoffenheit‘ wert: Hierfür werden 6,7 Millionen Euro Steuergeld eingesetzt. Für die Sozialarbeit mit Flüchtlingen stehen sogar 13,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich erwarte von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, dass endlich Politik für die Mehrheit der Bevölkerung gemacht wird. Familien sind die Keimzelle der [Gesellschaft](#) und sichern unsere Fortexistenz. Darum muss die Familien- und Eheberatung personell und finanziell deutlich aufgestockt werden. Die AfD-Fraktion wird Familien weiter in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, statt das Geld der Steuerzahler überwiegend für marginale Randgruppen zu reservieren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/zig-millionen-euro-fuer-transgender-und-fluechtlinge-warum-habt-ihr-kein-geld-fuer-familien/>



## Termine – Kreisverband Bautzen

Di	29.06.21	9.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen am Reichturm	INFOSTAND AfD-KREISVERBAND BAUTZEN
Fr	02.07.21	19.00 Uhr	Unter Gasthof Wachau	STAMMTISCH der Regionalgruppe Arnsdorf/Radeberg
Mi	07.07.21	11.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Mi	07.07.21	15.00-18.00 Uhr	Platz der Völkerfreundschaft (am Kaufland) Bautzen	INFOSTAND JÖRG URBAN Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Di	13.07.21	9.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen am Reichturm	INFOSTAND AfD-KREISVERBAND BAUTZEN
Di	13.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	14.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	15.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	15.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



## Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

### Jetzt AfD-Mitglied werden!

Es ist gut möglich, dass das Jahr 2021 zu einem Jahr der folgenschweren politischen Richtungs-Entscheidungen werden könnte – neben der Bundestagswahl im Herbst stehen zahlreiche Landtagswahlen in den Bundesländern an. Auf Bundesebene droht erstmals eine Regierungs-Vermählung der ohnehin vergrüntem Merkel-CDU mit den Grünen. Dieses Szenario wollen wir unbedingt verhindern – und vor allem für eine noch stärkere AfD im Bundestag sorgen! Hier ist Ihre Gelegenheit, uns dabei zu unterstützen und Teil einer großartigen Gemeinschaft zu werden!

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische Erneuerung eintritt. Doch diese Familie könnte noch größer sein! Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: [www.jetztafd.de](http://www.jetztafd.de)



### Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online. Unter [www.karstenhilse.de](http://www.karstenhilse.de) können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



## Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag





### Vorsicht, Post aus Sachsen!

### Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 20.6.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

„Kernenergie – na klar“ lautet der Titel der brandneuen Kampagne unserer sächsischen AfD-Fraktion. Wir wollen damit erreichen, dass die noch existierenden deutschen Kernkraftwerke weiter genutzt werden und Sachsen im großen Stil in die Kernforschung investiert.

Warum das der richtige Weg in der Energiepolitik ist, hat zahlreiche Gründe, die ich Ihnen heute einmal ausführlich erklären möchte:

1. Bedingt durch die „Energiewende“ gibt es in Deutschland weltmeisterliche Strompreise. Das bekommen nicht nur die Bürger zu spüren. Problematisch sind die gewaltigen Kosten insbesondere für energieintensive Industrien, die drohen, ins Ausland abzuwandern. Deshalb ist der Irrweg mit Sonne und Wind zu beenden. Wir brauchen bezahlbare und zuverlässige Energie. Kernkraft ist dabei ganz weit vorn.
2. Zugegeben: Die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima haben die Kernkraft in Verruf gebracht. In Deutschland waren die Sicherheitsvorkehrungen jedoch von Anfang an viel umfangreicher. Die Unglücksanlagen hätten bei uns niemals eine Zulassung erhalten. Bei den Kernkraftwerken der heutigen Generation sind solche Vorfälle zudem aufgrund technischer Weiterentwicklungen definitiv ausgeschlossen. Die Kernkraft ist sicher, selbst wenn menschliche Fehler passieren oder es zu extremen Umwelteinflüssen kommt.
3. In Frankreich gelingt es, bereits zehn Prozent der nuklearen Reststoffe wiederzuverwerten. Diese Entwicklung steht zwar erst am Anfang, verspricht aber bahnbrechende Fortschritte. Es ist deshalb falsch, von „Atomüll“ zu sprechen und ihn für ewige Zeit in unterirdische Höhlen zu bringen. „Recycling statt Endlagerung“ muss unser Ziel lauten. Das lässt sich durch intensive Forschung in den nächsten Jahren erreichen.
4. Sachsen ist mit seinen Technischen Universitäten, der Bergbau-Tradition und seinen Forschungszentren bestens geeignet, die Kernkraft entscheidend voranzubringen. Verheerend ist es deshalb, dass wir in den letzten Jahren Spitzenforscher verloren haben, die in anderen Ländern bessere Bedingungen vorfinden. Die AfD-Fraktion setzt sich aus diesem Grund dafür ein, unsere Forschungszentren in Rossendorf, Dresden und Zittau finanziell und personell deutlich besser auszustatten. Wir müssen zurück an die Weltspitze der Forschung, statt einen Klima-Ablasshandel zu betreiben.
5. Der Ausbau der Windkraft kann in Sachsen nicht funktionieren, weil dafür schlichtweg die





Flächen fehlen. Der Regierung bleibt somit nichts anderes übrig, als in den Wald zu gehen oder riesige Windkrafttürme nah an Wohnhäuser heranzubauen. Der Ausweg aus diesem Dilemma: Ein Kernkraftwerk liefert so viel Energie wie 2.500 Windräder.

6. Die Europäische Union will bis 2050 klimaneutral werden. Das ist aus vielen Gründen ein utopisches Ziel und eine Mogelpackung, da z.B. auch bei der Herstellung von Elektroautos Kohlendioxid ausgestoßen wird. Aber sei's drum! Fakt ist: Ohne die Kernenergie sind die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele unerreichbar. Folglich gilt: Wer CO<sub>2</sub> einsparen will, muss auf Kernkraft setzen!

7. Stellen Sie sich einmal vor, man hätte die Entwicklung des Computers in den 1960er-Jahren eingestellt, weil das damals noch raumfüllende Rechenmaschinen waren, die kaum etwas konnten. Wäre das intelligent gewesen? Und wo würden wir heute ohne Computer stehen? Übertragen Sie das bitte auf die Kernkraft: Sie lässt sich vielleicht nicht von heute auf morgen perfektionieren, aber wenn wir den Weg des Fortschrittes überhaupt nicht beschreiten, bleiben wir rückständig und werden anderen hinterherhinken.

8. Alle großen Industrienationen und viele Nachbarn Deutschlands setzen auf einen Ausbau der Kernkraft. Selbst die Tagesschau verkündete daher vor einiger Zeit notgedrungen eine „Renaissance der Kernkraft“. Der deutsche Sonderweg der „Energiewende“ mit Sonne und Wind stellt sich somit immer mehr als töricht heraus. Wir sollten uns fragen: Irrt sich die ganze Welt oder vielleicht nur die politisch-mediale Klasse in Deutschland mit ihrer ideologischen Ablehnung der Kernkraft?

9. In Großbritannien entstehen gerade 15 Mini-Kernkraftwerke, die jeweils eine Stadt mit 500.000 Einwohnern versorgen sollen. Ähnliche Gedanken gibt es in den USA von Bill Gates, US-Präsident Joe Biden und zahlreichen Startups. Sie basteln an kleinen, mobilen Mini-Reaktoren. Währenddessen verfügt Russland bereits über ein schwimmendes Kernkraftwerk, das 100.000 Menschen mit Energie versorgen kann. Ob das die richtigen Forschungsansätze sind, kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Wichtig ist aber, all das mit Interesse und Neugier zu verfolgen und selbst kluge Ideen zu entwickeln. Deshalb: Kernkraft – na klar!

10. Setzt Deutschland weiter auf unzuverlässige Energieerzeugung aus Wind und Sonne, drohen entweder Blackouts oder wir müssen ständig Strom aus dem Ausland teuer importieren. Das ergibt jedoch keinen Sinn. Gerade Sachsen ist ein Energieland und muss es bleiben. Das geht nur mit der Kernkraft.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/4154021441356388/>



### PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.6.2021

#### **Zahl der Woche: 78% der Positiv-Getesteten waren nicht anstecken!**

Bis zu 78 Prozent der positiv auf Corona Getesteten zwischen März und Mai waren „sehr wahrscheinlich“ nicht ansteckend, weil die Virenlast zu gering war. Zu diesem Ergebnis kommt die Medizinische Fakultät der Uni Duisburg/Essen, die 190.000 Testergebnisse ausgewertet hat.



Der Epidemiologe Prof. Dr. Andreas Stang fordert deshalb ein fundamentales Umdenken von der Politik. Die Positiv-Tests dürften nicht länger „als Grundlage“ für harte Maßnahmen wie „Quarantäne, Isolation oder Lockdown“ herhalten. Stang fordert vielmehr, die Belegung der Intensivbetten einzubeziehen und statistisch genau auszuweisen, wie viele Menschen ansteckend sind und wie viele überhaupt Symptome haben.

„Renommierte Wissenschaftler bestätigen einmal mehr, dass unsere AfD-Fraktion mit ihrer Kritik an der Corona-Politik richtigliegt. Schon im letzten Jahr haben wir die CDU-geführte Regierung von Michael Kretschmer dazu angehalten,

zwischen Positiv-Getesteten, ansteckenden Personen und tatsächlich Erkrankten zu unterscheiden“, erklärt der sozialpolitische Sprecher, Frank Schaufel.

Das sei auch weiterhin nötig, weil falsche Zahlen Panik begünstigen und als Begründung für einen weiteren Lockdown dienen könnten. „Dieses Szenario gilt es unbedingt zu vermeiden. Die Regierung muss den Sommer jetzt nutzen, um alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um die Ausbreitung der indischen Mutante zu verhindern, damit es in Zukunft zu keinen Grundrechtseinschränkungen mehr kommt.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4090650691004418/>

#### **Zehn Argumente für Kernenergie**

„Kernenergie – na klar“ lautet der Titel der brandneuen Kampagne unserer sächsischen AfD-Fraktion. Wir wollen damit erreichen, dass die noch existierenden deutschen Kernkraftwerke weiter genutzt werden und Sachsen im großen Stil in die Kernforschung investiert. Warum das der richtige Weg in der Energiepolitik ist, hat zahlreiche Gründe, die wir Ihnen heute einmal ausführlich erklären möchten:

1. Bedingt durch die „[Energiewende](#)“ gibt es in Deutschland weltmeisterliche Strompreise. Das bekommen nicht nur die Bürger zu spüren. Problematisch sind die gewaltigen Kosten insbesondere für energieintensive Industrien, die drohen, ins Ausland abzuwandern. Deshalb ist der Irrweg mit Sonne und Wind zu beenden. Wir brauchen bezahlbare und zuverlässige Energie. Kernkraft ist dabei ganz weit vorn.



2. Zugegeben: Die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima haben die Kernkraft in Verruf gebracht. In Deutschland waren die Sicherheitsvorkehrungen jedoch von Anfang an viel umfangreicher. Die Unglücksanlagen hätten bei uns niemals eine Zulassung erhalten. Bei den Kernkraftwerken der heutigen Generation sind solche Vorfälle zudem aufgrund technischer Weiterentwicklungen definitiv ausgeschlossen. Die Kernkraft ist sicher, selbst wenn menschliche Fehler passieren oder es zu extremen Umwelteinflüssen kommt.
- 
3. In Frankreich gelingt es, bereits zehn Prozent der nuklearen Reststoffe wiederzuverwerten. Diese Entwicklung steht zwar erst am Anfang, verspricht aber bahnbrechende Fortschritte. Es ist deshalb falsch, von „Atommüll“ zu sprechen und ihn für ewige Zeit in unterirdische Höhlen zu bringen. „Recycling statt Endlagerung“ muss unser Ziel lauten. Das lässt sich durch intensive Forschung in den nächsten Jahren erreichen.
  4. Sachsen ist mit seinen Technischen Universitäten, der Bergbau-Tradition und seinen Forschungszentren bestens geeignet, die Kernkraft entscheidend voranzubringen. Verheerend ist es deshalb, dass wir in den letzten Jahren Spitzenforscher verloren haben, die in anderen Ländern bessere Bedingungen vorfinden. Die AfD-Fraktion setzt sich aus diesem Grund dafür ein, unsere Forschungszentren in Rossendorf, Dresden und Zittau finanziell und personell deutlich besser auszustatten. Wir müssen zurück an die Weltspitze der Forschung, statt einen Klima-Ablasshandel zu betreiben.
  5. Der Ausbau der Windkraft kann in Sachsen nicht funktionieren, weil dafür schlichtweg die Flächen fehlen. Der Regierung bleibt somit nichts anderes übrig, als in den Wald zu gehen oder riesige Windkrafttürme nah an Wohnhäuser heranzubauen. Der Ausweg aus diesem Dilemma: Ein Kernkraftwerk liefert so viel Energie wie 2.500 Windräder.
  6. Die Europäische Union will bis 2050 klimaneutral werden. Das ist aus vielen Gründen ein utopisches Ziel und eine Mogelpackung, da z.B. auch bei der Herstellung von Elektroautos Kohlendioxid ausgestoßen wird. Aber sei's drum! Fakt ist: Ohne die Kernenergie sind die CO2-Reduktionsziele unerreichbar. Folglich gilt: Wer CO2 einsparen will, muss auf Kernkraft setzen!
  7. Stellen Sie sich einmal vor, man hätte die Entwicklung des Computers in den 1960er-Jahren eingestellt, weil das damals noch raumfüllende Rechenmaschinen waren, die kaum etwas konnten. Wäre das intelligent gewesen? Und wo würden wir heute ohne Computer stehen? Übertragen Sie das bitte auf die Kernkraft: Sie lässt sich vielleicht nicht von heute auf morgen perfektionieren, aber wenn wir den Weg des Fortschrittes überhaupt nicht beschreiten, bleiben wir rückständig und werden anderen hinterherhinken.
  8. Alle großen Industrienationen und viele Nachbarn Deutschlands setzen auf einen Ausbau der Kernkraft. Selbst die Tagesschau verkündete daher vor einiger Zeit notgedrungen eine



„Renaissance der Kernkraft“. Der deutsche Sonderweg der „Energiewende“ mit Sonne und Wind stellt sich somit immer mehr als töricht heraus. Wir sollten uns fragen: Irrt sich die ganze Welt oder vielleicht nur die politisch-mediale Klasse in Deutschland mit ihrer ideologischen Ablehnung der Kernkraft?

9. In Großbritannien entstehen gerade 15 Mini-Kernkraftwerke, die jeweils eine Stadt mit 500.000 Einwohnern versorgen sollen. Ähnliche Gedanken gibt es in den USA von Bill Gates, US-Präsident Joe Biden und zahlreichen Startups. Sie basteln an kleinen, mobilen Mini-Reaktoren. Währenddessen verfügt Russland bereits über ein schwimmendes Kernkraftwerk, das 100.000 Menschen mit Energie versorgen kann. Ob das die richtigen Forschungsansätze sind, kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Wichtig ist aber, all das mit Interesse und Neugier zu verfolgen und selbst kluge Ideen zu entwickeln. Deshalb: Kernkraft – na klar!
10. Setzt Deutschland weiter auf unzuverlässige Energieerzeugung aus Wind und Sonne, drohen entweder Blackouts oder wir müssen ständig Strom aus dem Ausland teuer importieren. Das ergibt jedoch keinen Sinn. Gerade Sachsen ist ein Energieland und muss es bleiben. Das geht nur mit der Kernkraft.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/eegegenschlag/>

<https://afd-fraktion-sachsen.de/zehn-argumente-fuer-kernenergie/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.6.2021

### **Neue Corona-Verordnung: Eigenverantwortung statt Gängelung!**

Auf der heutigen Kabinettspresskonferenz stellte Sozialministerin Petra Köpping (SPD) die Grundzüge der nächsten Corona-Verordnung vor. Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):



„Es ergibt keinen Sinn, im Hochsommer an der Maskenpflicht in Geschäften und andernorts festzuhalten. Ebenso kann ich nicht nachvollziehen, warum sich die Regierung ständig neue Inzidenz-Grenzen ausdenkt. Erst vor wenigen Tagen kam eine Studie der Uni Duisburg/Essen zu dem Schluss, dass fast 80 Prozent der Positiv-Getesteten nicht ansteckend waren. Das heißt: Der 7-Tage-Wert taugt nicht als Maßstab für Einschränkungen.“

Die AfD-Fraktion spricht sich deshalb dafür aus, die Corona-Notverordnung endlich auslaufen zu lassen und auf die Eigenverantwortung unserer Bürger zu vertrauen. Nach fast eineinhalb Jahren mit Corona können unsere mündigen

Bürger selbst entscheiden, was zu ihrem Schutz notwendig ist. Die Zeit der Gängelung und unübersichtlichen Vorschriften muss ein Ende finden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/neue-corona-verordnung-eigenverantwortung-statt-gaenglung/>



### Wer hat Angst vor Volkes Stimme?

Der AfD-Gesetzentwurf für mehr direkte Demokratie in Sachsen ([Drs. 7/2702](#)) wurde von den anderen Parteien im Rechtsausschuss des Sächsischen Landtages abgelehnt.

„Einmal mehr haben die anderen Parteien ihr wahres Gesicht gezeigt“, kritisiert AfD-Abgeordneter, [Alexander Wiesner](#). „Sie haben Angst vor der direkten Demokratie, weil hier die Bürger das Sagen haben und nicht eine kleine Elite von Politikern. In der Schweiz haben die Bürger bereits viele Vorhaben der Regierung beerdigt: So wurde die CO2-Steuer gekippt, die Masseneinwanderung gestoppt und ein Burka-Verbot durchgesetzt. Ähnliche Volksabstimmungen sollen in Sachsen offenbar verhindert werden.“



Das wird besonders an den Argumenten gegen unseren Gesetzentwurf deutlich. Die CDU redete sich mit ‚handwerklichen Fehlern‘ heraus, machte aber keine Anstalten, diese angeblichen Fehler zu beseitigen. Noch entlarvender argumentierten linke und grüne Abgeordnete: Wir würden eine ‚gewisse Aversion‘ gegen das Parlament zeigen.

Liebe linksgrünen Politiker: Das Volk ist der Souverän. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wenn das Volk allerdings nur alle vier oder fünf Jahre an der Wahlurne mitbestimmen darf, erzeugt das massive Politik- und Demokratie-Verdrossenheit. Zu oft haben Politiker nach der Wahl ihre Versprechen gebrochen. Deshalb wollen die Bürger wie in der Schweiz wichtige Themen mit einer Volksabstimmung selbst regeln. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wer-hat-angst-vor-volkes-stimme/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.6.2021

### Die Rente mit 68? Gegenwind von der AfD!

Zur aktuellen Debatte „Rente mit 67, 68 oder 70? – Wer bietet mehr?“ auf Antrag der AfD-Fraktion, erklärt der Abgeordnete, [André Wendt](#):

„Die Idee des wissenschaftlichen Beirates des Bundeswirtschaftsministeriums, das Rentenalter auf 68 Jahre anzuheben, ist unsozial und muss parteiübergreifend verhindert werden. Ein Gerüstbauer oder eine Altenpflegerin können unmöglich bis in dieses hohe Alter arbeiten. Zudem haben wir aufgrund zu niedriger Renten in Deutschland bei der Altersarmut einen Höchststand erreicht, der weiter steigen wird, wenn sich nicht grundlegend etwas ändert. Wie bisher kann es definitiv nicht weitergehen. Das Rentensystem muss insgesamt dringend reformiert werden.“

Millionen Bürger werden trotz jahrzehntelanger Arbeit nur eine Rente auf oder unter Grundsicherungsniveau erhalten und müssen dadurch den entwürdigenden Gang zum Sozialamt antreten. Laut OECD liegt das deutsche Rentenniveau mit 48 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt aller Industriestaaten weltweit. Unsere Nachbarn in Österreich haben z.B. ein Rentenniveau von fast 90 Prozent ihres durchschnittlichen Einkommens.



Darüber hinaus zahlen wir nach Aussage von Prof. Raffelhüschen mit unseren deutschen Hilfsgeldern, welche unter anderem auch in die südeuropäischen Staaten fließen, sogar die höheren Renten und den früheren Renteneintritt der Rentner in Südeuropa.

Wenn wir unser Umlagesystem wieder auf solide Füße stellen wollen, müssen zukünftig Politiker, aber auch Selbständige, die über keine private Altersvorsorge verfügen, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Zugleich muss die Familienpolitik neue Wege gehen: Kinder dürfen nicht länger eine finanzielle Belastung sein. Deshalb brauchen wir z.B. Steuerentlastungen für Familien, Ehe-Kredite, ein Staatsspardepot für Kinder, eine Prämie für jedes geborenen Kind und Hilfe beim Wiedereinstieg ins Arbeitsleben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/die-rente-mit-68-gegenwind-von-der-afd/>

### **Große Löcher in der Staatskasse: Für was gibt die Regierung unser Geld aus?**

„Trotz sinkender Steuereinnahmen laufen die Ausgaben der CDU-geführten Staatsregierung immer mehr aus dem Ruder: Ministerien werden weiter aufgebläht, Wirtschaftsmigranten vollversorgt, und fragwürdige links-grüne ‚Demokratie-Projekte‘ finanziert.

Im aktuellen Haushalt müssen deshalb bereits 3,2 Milliarden Euro aus Rücklagen und mit neuen Schulden finanziert werden. In den nächsten Jahren soll diese Summe noch weiter steigen. Diese unverantwortliche Politik auf dem Rücken unserer Kinder muss auf den Prüfstand.

Deshalb wollen wir eine Enquetekommission einrichten, die die Ausgaben der Staatsregierung unter die Lupe nimmt und in vielen Bereichen Einsparungen aufzeigt. Eine umfassende Aufgabenkritik muss unbedingt vor der Erstellung des nächsten Haushaltes erarbeitet werden. Wir können nicht weiter unsere Reserven plündern und unseren Kindern die Zukunft verbauen.“

Der haushalts- und finanzpolitische Sprecher, André Barth,

zum AfD-Antrag: „Einsetzung einer Enquetekommission – die Aufgabenlast des Freistaates Sachsen auf ein finanzierbares Maß zurückführen“.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/ausgaben-laufen-aus-dem-ruder-fuer-was-gibt-die-regierung-unser-geld-aus/>

### **Die Corona-Politik hat einen tiefen Spalt in unsere Gesellschaft getrieben!**

Zum Bericht der Staatsregierung zur Corona-Lage erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:

„Sachsens Sozialministerin Petra Köpping (SPD) hat heute abermals keine Perspektive aufgezeigt, wie sie die weiterhin bestehenden Einschränkungen der Grundrechte aufheben möchte.

Dabei gehen die Corona-Neuinfektionen in Sachsen gegen null. Auch aktuelle Studien weisen darauf hin, dass es keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Lockdown-Maßnahmen und Infektionsgeschehen gibt. Würde die Regierung also eine realistische Gefahrenprognose vornehmen, müsste sie sofort alle Corona-Vorschriften aufheben und das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit anwenden.

Dieser Kurswechsel ist erforderlich, weil die Corona-Politik der sächsischen Regierung einen tiefen Spalt in unsere Gesellschaft getrieben hat. Junge Menschen wurden gegen alte ausgespielt,



geimpfte gegen ungeimpfte und vermeintlich disziplinierte gegen angeblich undisziplinierte. Das darf sich so keinesfalls fortsetzen.

Der angerichtete Schaden für unsere Demokratie, unsere [Wirtschaft](#) und die Staatsfinanzen ist immens. Ihn wie die CDU als eine ‚Bremsspur‘ (Alexander Dierks) kleinzureden, verkennt, wie viele Existenzen zerstört wurden, wie viele Kinder nun einen nicht aufholbaren Bildungsrückstand haben und wie lange es dauern wird, bis die im letzten Jahr aufgenommenen Schulden zurückbezahlt werden können.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/die-corona-politik-hat-einen-tiefen-spalt-in-unsere-gesellschaft-getrieben/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.6.2021

### **1.000 Meter Abstand festschreiben: Anwohner vor Windparks schützen!**

Zum AfD-Gesetzentwurf, die sächsische Bauordnung um einen Mindestabstand für Windkraftanlagen zu ergänzen (7/6705), erklärt der baupolitische Sprecher, [Holger Hentschel](#):

„Die AfD-Fraktion will den Mindestabstand von [Windrädern](#) zu jedem einzelnen Wohnhaus auf 1.000 Meter endlich in der Bauordnung festschreiben. Anwohner von Windparks müssen besser geschützt werden vor Lärm, Schattenwurf, Infraschall und blinkenden Warnleuchten. Es ist schlimm genug, dass ihre Häuser massiv an Wert verlieren und ihre Lebensqualität leidet.

Natürlich können die 1.000 Meter nur ein erster Anfang sein. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Möglichkeit der 10-H-Regelung im Bundesrecht eingeführt wird. D.h., bei den neuen 250-Meter-Windkraft-Ungetümen müsste dann ein Abstand von mindestens 2.500 Meter eingehalten werden. Diese Regelung wurde noch vor Jahren in Bayern eingeführt, als die Unionsparteien die Grünen noch nicht auf der linken Spur ideologisch überholen wollten. Nun ist die AfD offenbar die einzige Partei, die Anwohner vor Enteignung und gesundheitlichen Schäden durch die Energiewende schützt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/1-000-meter-abstand-zu-windraedern-endlich-festschreiben/>

### **Keine Experimente mit der Stromversorgung: Laufzeit von Kernkraftwerken verlängern**

Zum AfD-Antrag „Kernenergie – na klar! Keine Experimente mit der Versorgungssicherheit“ (7/5414) erklärt der energiepolitische Sprecher, [Jan Zwerg](#):

„Ab 2022 besteht in Deutschland die Gefahr eines Blackouts: Weil aufgrund einer Dunkelflaute Sonne und Wind nicht genug Energie liefern, kann es zu einem verheerenden Stromausfall kommen. Diese eindringliche Warnung stammt von der Bundesnetzagentur und dem Bundesrechnungshof und wird bisher von der CDU-geführten Regierung achselzuckend hingenommen. In einem weltweit einmaligen Experiment will diese Regierung gleichzeitig aus Kern- und Kohleenergie aussteigen.“







Wir wollen indes unsere erfolgreiche Industrienation nicht auf dem Altar ihrer sogenannten Energiewende opfern. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, sich für eine Verlängerung der Laufzeit von deutschen Kernkraftwerken einzusetzen.

Der renommierte Energieexperte, Prof. Thess, hat erst kürzlich das fehlerhafte Gutachten zum Ausstieg aus der Kernenergie scharf kritisiert. Zugleich setzen viele unserer Nachbarländer auf neue, moderne Kernkraftwerke. Weltweit sind aktuell 54 Kernkraftwerke im Bau. Zudem ist auch die Akzeptanz der Kernenergie in Deutschland stark gestiegen, wie eine Umfrage von Allensbach jüngst zeigte.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/keine-experimente-mit-der-stromversorgung-laufzeit-von-kernkraftwerken-verlaengern/>

### **Windindustrie im Wald = Vernichtung von Wald!**

Zum Gesetzentwurf der sächsischen AfD-Fraktion zur Verhinderung von Windkraftanlagen in unseren Wäldern ([Drs. 7/6704](#)) erklärt der Abgeordnete [Thomas Prantl](#):

„Wald ist Leben. Wald ist Naturreichtum. Wald ist Forstwirtschaft und harte Arbeit. Wald ist Erholung. Unser Wald ist wie ein Lehrbuch und hat das Prinzip der Nachhaltigkeit hervorgebracht. Ausbuchstabierte hat dieses Prinzip zudem ausgerechnet ein Sachse, doch Hans Carl von Carlowitz würde sich vermutlich im Grabe umdrehen, wüsste er von den Plänen, mit Windkraftanlagen unsere Wälder zu zerstören.“

Mit unserem Gesetzentwurf stellen wir uns gegen diese Pläne, deren Verwirklichung wir auch in Sachsen befürchten. Denn: Die utopischen Ausbauziele der schwarz-grün-roten Kenia-Koalition sind ohne Windkraftanlagen im Wald überhaupt nicht zu erreichen. Doch was bedeutet das? Um die Anlagen aufzubauen, müssten Schneisen für asphaltierte Zufahrten in die Wälder geschlagen werden, um Tausende Tonnen an Beton, Stahl und Kunststoffen dorthin zu transportieren.

Wer das will, verrät das Prinzip der Nachhaltigkeit. Unsere Fraktion steht hingegen in bester sächsischer Tradition für Nachhaltigkeit. Deshalb lehnen wir Windräder im Wald strikt ab.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/windindustrie-im-wald-vernichtung-von-wald/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.6.2021**

### **Regierung weigert sich, Antikörpernachweis anzuerkennen!**

Zur Kleinen Anfrage ([Drs. 7/6739](#)) mit dem Titel „Gleichstellung von Geimpften und Genesenen mittels Antikörpernachweis“ erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Die Staatsregierung weigert sich bisher, einen Antikörpernachweis (Titer) als Beleg für eine erlangte Immunität vor Corona zu akzeptieren. Das ist ungerecht, weil dadurch erwiesenermaßen genesene Personen gegenüber geimpften Personen benachteiligt werden. Mit dieser Ungleichbehandlung wird zudem ein subtiler Druck ausgeübt, sich selbst dann impfen zu lassen, wenn man eine Infektion bereits gut überstanden hat.“



Bei den viel gefährlicheren Masern ist das übrigens anders: Hier reicht eine medizinische Bestätigung der Immunität als Alternative zur Impfung. Aus Sicht unserer Fraktion sollte das bei Corona genauso gehandhabt werden.

Andernfalls muss sich die Regierung den Vorwurf gefallen lassen, an einer Impfpflicht durch die Hintertür zu arbeiten. Das lehnen wir ab. Jeder sollte frei darüber entscheiden können, ob er sich gegen Corona impfen lässt oder nicht. Gerade bei Kindern ist bei dieser Frage höchste Sorgfalt geboten, da bei jungen Menschen fast keine schweren Krankheitsverläufe festzustellen sind und wir keine gesicherten Erkenntnisse über langfristige Impfschäden haben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierung-weigert-sich-antikoerpernachweis-anzuerkennen/>



## Neues von der Alternative für Deutschland

### PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.6.2021

#### **CDU/CSU in Teilen lernfähig – Kräftige AfD-Anleihen im Wahlprogramm**

CDU und CSU präsentieren heute ihr Wahlprogramm. Wichtige Punkte und Positionen stammen von der AfD.

Beispiel „Generationenrente“: Der Staat solle nach der Geburt eines Kindes bis zum Alter von 18 Jahren monatlich Geld zurücklegen. Im CDU/CSU-Programm wird eine Summe von je 100 Euro pro Monat genannt. Das gleiche Konzept mit der gleichen Summe hat die AfD bereits im November 2020 in ihren Leitlinien zur Sozialpolitik vorgelegt. Ebenfalls im AfD-Programm: Bürokratieabbau, Abschaffung des Solis, eine wirksam gesteuerte Migration, die Absage an Dieselfahrverbote und ein Bekenntnis zum Verbrennermotor. Dem gewaltbereiten Linksextremismus soll endlich der Kampf angesagt werden.

Dazu Professor Dr. Jörg Meuthen, Bundessprecher:

„Da scheint man im Konrad-Adenauer-Haus unsere Programme und Konzepte genau zu lesen. Immerhin: Solange sie umgesetzt werden, ist es ein Gewinn für unser Land. Unverschämt wird es, wenn CDU-Chef Laschet betont, dass die Union mit ihrer Generationenrente ‚eine langfristige Rentengerechtigkeit angehe, die keine andere Partei vorschläge.‘ Die AfD hat das kluge Konzept seit mehr als einem halben Jahr in ihrem Programm.

Die ‚Inspirationen‘ von der AfD können allerdings nicht mehr als ein paar gute Akzente im Unions-Wahlprogramm setzen. Im Ganzen gesehen ist es auf 139 Seiten ein politisches Narkotikum, das der potentiellen Wählerschaft ein vages und weitgehend schmerzfreies Weiter so mit scheinbar konservativen Akzenten suggeriert. Die echte Agenda dürfte dann umgehend nach der Wahl präsentiert werden.



Besonders dreist: Laschet und Söder stellen ihr Wahlprogramm als ‚Regierungsprogramm‘ vor – so als gäbe es keine wahlberechtigten Bürger, die darüber am 26. September entscheiden werden. Verächtlicher kann man mit dem Wähler kaum umgehen.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-cdu-csu-in-teilen-lernfaehig-kraeftige-afd-anleihen-im-wahlprogramm/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.6.2021

### **Doppelt so großer CO2-Fußabdruck der E-Mobilität entlarvt Klima-Wahn der EU**

Wissenschaftler aus Deutschland und anderen europäischen Ländern haben der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen einen Brief geschrieben. Laut aktuellen Medienberichten monieren die Wissenschaftler, dass die CO2-Bilanz von E-Autos in 2030 doppelt so hoch sein soll wie bisher angenommen.

Carsten Hütter, Mitglied im Bundesvorstand und Krafffahrzeugmechaniker-Meister, kommentiert den Brief der Wissenschaftler wie folgt:

„Die Wissenschaftler der IASTEC (International Association of sustainable drivetrain and vehicle technology research) bringen mit einem ganz einfachen mathematischen Grundsatz die Erzählung vom umweltfreundlichen E-Auto zum Einsturz.

Der Strom, mit dem die E-Autos betankt werden, stammt aus fossiler und eben auch aus grüner Energie wie Wind und Sonne. Aber immer dann, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, muss auf fossile Energie oder eben auch auf Atomenergie bei der Stromerzeugung für die E-Autos zurückgegriffen werden. Ein entsprechender Durchschnittswert soll die Balance aus fossiler und grüner Energie austarieren und bewerten, wie groß der sogenannte CO2-Fußabdruck des für die E-Mobilität produzierten Stroms ist.

Aufgrund dieses Durchschnittswertes glaubte man die Größe des CO2-Fußabdruckes der E-Mobile zu kennen. Doch ganz offensichtlich ist der CO2-Fußabdruck der E-Mobilität in 2030 doppelt so groß wie bisher von der EU-Kommission angegeben.

Die AfD stellt die CO2-Politik der EU gänzlich in Frage. Die einseitige Förderung der Elektromobilität lehnen wir ab. Technikoffenheit gilt auch für die Nutzung von Wasserstoff und Elektromobilität. Beide erfordern ein ökologisch, energetisch und ökonomisch unsinniges paralleles Infrastruktursystem.

Und: Das Spurengas CO2 ist als Voraussetzung für alles Leben unverzichtbar. Der Anstieg der Konzentration von CO2 in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen.“

<https://www.afd.de/carsten-huetter-doppelt-so-grosser-co2-fussabdruck-der-e-mobilitaet-entlarvt-klima-wahn-der-eu/>



### Laschet will das Grundgesetz außer Kraft setzen

CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat in einem Interview mit der Financial Times erklärt: „Wir sollten eine europäische Verfassung anstreben.“ Außerdem hat er hervorgehoben, wie notwendig für ihn eine gemeinsame EU-Wirtschafts- und Währungspolitik ist.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt zu Laschets Interview in der Financial Times:

„Armin Laschet will mit der Einführung der EU-Verfassung das Grundgesetz außer Kraft setzen. Das Grundgesetz wäre nicht mehr die Grundlage für unser Zusammenleben, und Deutschland als eigenständiges Land würde abgeschafft.“

Damit unterscheidet sich Laschet nicht von seinem zukünftigen Koalitionspartner, den Grünen. Alle zentralen Entscheidungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik würden nach Brüssel übertragen. Auch der Bundestag würde damit endgültig entmachtet.

Eine schwarz-grüne Regierung im Bund bedeutet: Die Abschaffung Deutschlands als souveränes Land, außer Kraft setzen des Grundgesetzes, Entmachtung des Bundestages und das Ende unserer Demokratie.

Nur die AfD wehrt sich entschlossen gegen diesen EU-Zentralstaat, in dem gescheiterte Politiker wie von der Leyen den Menschen diktieren, wie sie zu leben haben.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-laschet-will-das-grundgesetz-ausser-kraft-setzen/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.6.2021

### Unser Staatshaushalt muss solide sein

„Wir werden in den nächsten Jahren gigantische Summen ausgeben müssen“, droht Angela Merkel. Nicht weniger als ein „Umbruch“ zu einer „klimafreundlichen Wirtschaft“ schwebt der



Bundeskanzlerin vor. Unmissverständlich macht die Ex-CDU-Vorsitzende damit deutlich, welche radikalen Klima-Pläne der Union vorschweben – allen kosmetischen Wahlkampf-Distanzierungen zum Trotz. Unter einem Kanzler Laschet und einem grünen Mit-Koalitionspartner droht die eiskalte Umsetzung der schönen neuen Öko-Welt – und damit die Verarmung der Mittelschicht.

Denn woher will die Bundesregierung die „gigantischen Summen“ denn nehmen? Von illegalen Einwanderern oder den Profiteuren von Energiewende und anderen Ideologie-Projekten wohl kaum – denn diese stehen bei CDU und Grünen unter dem heiligen Schutz der politischen Korrektheit. Merkels Aussagen sind daher die Ankündigung eines politischen Anschlags auf die arbeitende deutsche Bevölkerung, während sich am Klima auch nichts ändern – nur die AfD widersetzt sich konsequent diesen ideologisch motivierten Plänen. Unser Staatshaushalt muss



solide sein!

<https://afdkompakt.de/2021/06/23/unser-staatshaushalt-muss-solide-sein/>

### **Mehrheit der Deutschen unterstützt islamkritische AfD-Positionen**

Da können die sogenannten „Haltungsjournalisten“ so lange berieseln, wie sie wollen: Bei der Islamkritik bleibt die Mehrheit der Deutschen auf AfD-Linie.

Laut einer repräsentativen Studie von Alice-Schwarzer-Stiftung, Giordano-Bruno-Stiftung und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) vertreten nur fünf Prozent der Befragten die Auffassung, dass der Islam „voll und ganz“ zu Deutschland gehöre. 45 Prozent waren sogar der Ansicht, dass der Islam „gar nicht“ Bestandteil unseres Landes sei. Es ist eine Klatsche für politische und journalistische Eliten, die an der Bevölkerung vorbei agieren. Und es zeigt, wie weltfremd der frühere Bundespräsident Christian Wulff (CDU) mit seinem Islam-Diktum handelte.



Die Skepsis der Deutschen ist wahrlich gut begründet: Die fehlende Trennung von Politik und Religion, die deprimierende Situation der Menschenrechte in unzähligen islamischen Ländern zeigt, dass ein reformierter Islam nicht in Sichtweite ist. Bestärkt werden die fundamentalistischen Strömungen des Islams durch eine Politik, die auf Anbiederung und Zurückweichen setzt. Die AfD dagegen sagt: Unsere Gesetze und unsere staatlichen Prinzipien müssen auch gegenüber islamischen Eiferern durchgesetzt werden. Kein Prophet dieser Welt darf über dem Grundgesetz stehen! Deshalb setzt sich die AfD für ein Verbot von Vollverschleierung im öffentlichen Raum ein und wendet sich gegen die unkontrollierte islamische Masseneinwanderung.

<https://afdkompakt.de/2021/06/23/mehrheit-der-deutschen-unterstuetzt-islamkritische-afd-positionen/>

### **26 Milliarden Euro für uns, fast 200 Milliarden für Italien**

Ursula von der Leyen verkündete in Berlin, dass Deutschland knapp 26 Milliarden Euro aus dem schuldenfinanzierten Wiederaufbaufonds der Europäischen Union erhält. Im März hatte der Bundestag gegen die Stimmen der AfD einem Gesetz zugestimmt, dass der EU die entsprechende Kreditermächtigung gewährte.

Dazu Professor Dr. Jörg Meuthen, Bundessprecher:

„Ursula von der Leyen jettet durch die EU und verteilt huldvoll geliehene Milliarden, für die später als Schuldner vor allem Deutschland geradestehen wird. Unser Land wird aus dem 750-Milliarden-Topf des Wiederaufbaufonds mit knapp 26 Milliarden abgespeist.

Italien beispielsweise erhält fast 200 Milliarden. Merkel lässt sich unterdessen beim Almosen entgegennehmen gemeinsam mit der EU-Kommissionspräsidentin ausgiebig feiern.

Fakt ist: Der Wiederaufbaufonds ist für Deutschland ein enormes Verlustgeschäft. Die Tageszeitung ‚Die Welt‘ nennt es zu Recht realeuropäischen Zynismus und spricht von einer



„Union der Plünderer“. Es ist wie so oft in der EU: Freigeld für alle, der Deutsche zahlt.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-26-milliarden-euro-fuer-uns-fast-200-milliarden-fuer-italien/>

### **SPD-Generalsekretär auf strammem AfD-Kurs**

In der Zeitung „Die WELT“ machte sich SPD-Generalsekretär Klingbeil gegen die von den Grünen präferierte Migrationspolitik stark: Deutschland drohe, so Klingbeil, ein „riesiges Problem“, wenn zu viele unqualifizierte Arbeitskräfte nach Deutschland kämen. Daneben kritisiert er massiv die angekündigte Klimapolitik der Grünen, beklagt steigende Spritpreise und fordert die Integration von nach Deutschland einreisenden Ausländern.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher, nennt Klingbeils Sinneswandel populistisch, wahlkampfaktisch durchschaubar und macht auf anstehende Wahlen und schlechte Wahlprognosen der SPD aufmerksam. Schließlich sei es die große Koalition gewesen, die Millionen Ausländer ungehindert und rechtsgrundlos nach Deutschland reisen ließ, und die selbst im Klimakampf die Grünen übertrumpft.

„Die Deutschen sind nicht ansatzweise so dumm, wie Klingbeil meint: Sie werden der SPD sicher nicht vergessen, für welche Steuer- und Abgabenerhöhungen diese verantwortlich ist, wie hoch die Ausgaben für nicht integrierte und nicht integrierbare Ausländer in Deutschland sind und wie wenig am Monatsende vom hart verdienten Lohn übrig bleibt.

Man sieht deutlich: die SPD hat die Inhalte der AfD analysiert und festgestellt, dass man den Bürgern sprichwörtlich auch auf's Maul schauen muss, um erfolgreiche Politik zu machen.

Bei Bürgernähe, Ausländerpolitik und echter Umweltpolitik gilt es allerdings, das Original zu wählen: die AfD“, macht Brandner deutlich.

<https://www.afd.de/stephan-brandner-spd-generalsekretaer-auf-strammem-afd-kurs/>



## **Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag**

### **PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 19./20.6.2021**

#### **Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Tino Chrupalla reist nach Moskau**

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla, reist am Sonntag (20.06.) auf Einladung der russischen Regierung nach Moskau. Chrupalla wird am Mittwoch (23.06.) auf der 9. Internationalen Sicherheitskonferenz des russischen Verteidigungsministeriums eine Rede halten. Daneben sind während des bis Freitag (25.6.) dauernden Besuches zahlreiche Gespräche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft geplant, darunter auch Repräsentanten deutscher Unternehmen in Russland.



Für Mittwoch ist um 19:30 Uhr eine Pressekonferenz in Moskau geplant, zu der noch eingeladen wird.

Tino Chrupalla:

„Die Einladung der russischen Regierung zeigt, dass unsere Bemühungen um einen Neustart der deutsch-russischen Beziehungen in Moskau auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Ich freue mich darauf, unsere zahlreichen Gesprächsfäden, die während meines ersten Besuchs und des Besuchs von Frau Weidel in der russischen Hauptstadt entstanden sind, wieder aufzunehmen. Eine besondere Ehre ist es, dass der Besuch in die Zeit des für die russische Seite sehr wichtigen 80. Jahrestages des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 fällt. Das zeugt von dem Vertrauen, dass sich mittlerweile im Verhältnis zu unseren russischen Gesprächspartnern entwickelt hat.“

<https://afdbundestag.de/stellvertretender-fraktionsvorsitzender-tino-chrupalla-reist-nach-moskau/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.6.2021



### Scholz interessiert Benzinpreis nicht

Finanzminister Olaf Scholz (SPD) kennt den aktuellen Benzinpreis nicht - weil er sich dafür nicht interessiert. Scholz antwortete in einem Interview am Wochenende auf die Frage, ob er wisse, was Benzin aktuell koste: "Ich habe ein ganz ordentliches Einkommen, deshalb gehöre ich nicht zu den Leuten, die ganz genau bei jedem Preis hingucken."

Der Finanzminister, der den Bürgern gemeinsam mit der großen Koalition immer mehr Steuern aufbürdet, hätte nicht deutlicher machen können, wie weit sich die politische Kaste von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt hat.

Übrigens: Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag kennt die aktuellen Benzinpreise ganz gut - und auch die damit verbundenen Folgen für die Menschen im Land. Wir haben deshalb im Bundestag beantragt, die CO2-Steuer, die für die jüngste enorme Kraftstoff-Preissteigerung verantwortlich ist, abzuschaffen. Diese und weitere Initiativen der AfD-Fraktion finden Sie hier: [www.afdbundestag.de/einfachnormalleben](http://www.afdbundestag.de/einfachnormalleben)

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/912914215958757/>

### Wenn Bundesministerien die Zukunft weisen - Was kommt als nächstes?

<https://www.facebook.com/hoechstpolitisch/photos/a.366340413843040/1132886157188458/>

### PCR-Tests können keine Grundlage für Grundrechtseingriffe sein

Der durch PCR-Tests ermittelte Inzidenzwert ist für die Bundesregierung seit Beginn der Corona-Pandemie der Maßstab, um Lockdown-Maßnahmen zu begründen und durchzuführen. Dass jedoch die positiven PCR-Tests nicht zur Einschätzung der Pandemie-Situation taugen, ergab eine



Studie der Universität Duisburg/Essen, für die über 190.000 Test-Ergebnisse von 160.000 Menschen ausgewertet wurden.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Witt, Mitglied im Ausschuss Gesundheit, erklärt dazu:

„Das Problem bei den PCR-Tests ist, dass diese keine hinreichenden Beweise dafür sind, dass Getestete das Coronavirus auch auf Mitmenschen übertragen können. Die somit errechnete Anzahl von SARS-CoV-2 positiv Getesteten darf daher nicht als Grundlage für Pandemiebekämpfungsmaßnahmen wie Quarantäne, Isolation oder Lockdown benutzt werden.

Im Antrag der AfD-Bundestagsfraktion ‚Realistische Corona-Strategie umsetzen – Nachhaltigen Schutz ermöglichen‘ (Drucksache 19/29784) fordern wir unter anderem die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite nach § 5 Abs. 1 Satz 2 IfSG wieder aufzuheben und sämtliche damit verbundenen Grundrechtseingriffe und Ermächtigungen gegenüber dem Bürger außer Kraft zu setzen. Bei einem Cycle-Threshold-Wert von über 25 ist die Virenlast nicht hoch genug, um andere zu infizieren. Demnach waren in den Kalenderwochen 10 bis 19 (8. März bis 10. Mai) laut den Untersuchungen 78 Prozent der getesteten Menschen sehr wahrscheinlich nicht mehr ansteckend. Wie diese Studie zeigt, sind die Maßnahmen der Regierung haltlos und nicht mehr länger tragbar.“

<https://afdbundestag.de/witt-pcr-tests-koennen-keine-grundlage-fuer-grundrechtseingriffe-sein/>

### **AfD-Fraktion gratuliert dem ersten Rabbiner der Bundeswehr zur Amtseinführung**

Heute wird der jüdische Geistliche Zsolt Balla feierlich in das Amt des Militärbundesrabbiners eingeführt. Nach Angabe des Zentralrats der Juden gibt es zum ersten Mal seit 100 Jahren wieder jüdische Militärseelsorge in Deutschland. Neun weitere orthodoxe und liberale Militärrabbiner sollen folgen.

Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt:

„Die AfD-Fraktion begrüßt die Einführung jüdischer Militärseelsorger in der Bundeswehr und gratuliert Zsolt Balla zu dessen feierlicher Amtseinführung. Anlässlich dieses historischen Datums danken wir auch den jüdischen Soldaten der Bundeswehr, die bereit sind, Demokratie und Deutschland mit der Waffe in der Hand unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Das ist auch 80 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion und 76 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes und der Ermordung der europäischen Juden keine Selbstverständlichkeit.

Die Militärseelsorge in der Bundeswehr durch Militärbischöfe und durch Militärrabbiner vermittelt eine klare Botschaft: Der Dienst an der Waffe, der Schutz der Demokratie und die Verteidigung des Vaterlandes sind fest im Geist von Judentum und Christentum verankert. Soldaten beschützen unser Land, und viele schöpfen die Kraft dazu aus ihrem Glauben. Deshalb ist die Einführung der jüdischen Militärseelsorge ein wichtiger Schritt für unsere Demokratie und unsere Parlamentsarmee.“

<https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-afd-fraktion-gratuliert-dem-ersten-rabbiner-der-bundeswehr-zur-amtseinfuehrung/>





### **Jeder Zweite bleibt nach Vermittlung in den Arbeitsmarkt auf staatliche Leistungen angewiesen**

Wie die Funke-Mediengruppe in ihren Montagsausgaben unter Bezugnahme auf eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit berichtet, die von der AfD-Bundestagsfraktion angefordert worden war, müssen mehr als die Hälfte aller Hartz-IV-Bezieher weiter Sozialleistungen in Anspruch nehmen, nachdem sie in einen Arbeitsplatz vermittelt wurden.

In den ersten drei Quartalen 2020 waren nur 45,7 Prozent (370.148) der Integrationen in den Arbeitsmarkt bedarfsdeckend. Knapp 55 Prozent (439.315 Personen) der Hartz-IV-Empfänger benötigen demnach auch nach der Vermittlung durch die Jobcenter weiter staatliche Unterstützung.

Dazu sagt der Sprecher für Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

„Durch die Hartz-IV-Reformen sollte die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Stattdessen sehen wir Hunderttausende, die ihre Abhängigkeit von staatlichen Leistungen nicht beenden können. Das Hartz-IV-System ist gescheitert, die Leistung der Jobcenter unzureichend. Es ist Zeit, dieses bürokratische und ineffektive System zu überwinden. Was wir brauchen ist eine aktivierende Grundsicherung, so wie sie im Programm der AfD steht. Durch bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten soll sich die Arbeitsaufnahme viel mehr lohnen als bisher.“

<https://afdbundestag.de/springer-jeder-zweite-bleibt-nach-vermittlung-in-den-arbeitsmarkt-auf-staatliche-leistungen-angewiesen/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.6.2021**

### **Chrupalla legt in Moskau Kranz am Grabmal des unbekanntem Soldaten nieder**

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla, hat anlässlich seines Besuchs in Moskau zum Gedenken an die Opfer des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 heute auf dem Roten Platz einen Kranz am Grabmal des unbekanntem Soldaten niedergelegt.

„Es hat mich tief bewegt, dass ich am 80. Jahrestag des Überfalls des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion einen Kranz am Grabmal des unbekanntem Soldaten niederlegen konnte, um der unzähligen Opfer zu gedenken, die dieser furchtbare Krieg nicht zuletzt auf russischer Seite gefordert hat.

Ich bin davon überzeugt, dass eine wirkliche Versöhnung als Grundlage für eine gemeinsame Zukunft unser beider Völker nur gelingen kann, wenn wir uns vorbehaltlos den Schrecken der Vergangenheit stellen“, sagte Chrupalla.

<https://afdbundestag.de/chrupalla-legt-in-moskau-kranz-am-grabmal-des-unbekanntem-soldaten-nieder/>

### **Brüssel lenkt mit dem Feindbild Orban von den eigenen Problemen ab**

Victor Orban will eine Strukturreform des EU-Parlaments und seine Rechte beschneiden. Er sagt, das EP habe „die europäische Demokratie in die Sackgasse geführt“.



Dazu äußert sich der Leipziger AfD-Bundestagsabgeordnete im EU-Ausschuss Siegbert Droese:

„Victor Orban möchte über neue Strukturen des EU-Parlaments diskutieren. Das ist sein gutes Recht, immerhin sind inzwischen rund 75 Prozent aller Gesetze in der EU de jure EU-Recht und nicht mehr nationales Recht. Und dass die EU ein Demokratiedefizit hat, sagen ja sogar die Freunde der EU. Warum darf nun Orban keine Vorschläge zur EU machen, während sich Brüssel pausenlos in die inneren Angelegenheiten Ungarns einmischt? Man kann es nicht oft genug betonen: Es betrifft die nationale Souveränität jedes Landes, zu entscheiden, ob oder wie viele Flüchtlinge es aufnimmt. Oder wie die Bildungspolitik gestaltet wird. Oder welche Werbung für Kinder geeignet ist.

Am Mittwoch wird nun sogar das Fußballspiel Deutschland-Ungarn instrumentalisiert. Der OB von München fordert ein Regenbogen-Stadion als Protest gegen Ungarn, Torwart Neuer trägt eine bunte Binde. Das ist absurd. Orban verteidigt die Interessen Ungarns. Brüssel verteidigt die Interessen einer globalisierten EU-Elite. Und das EP ist das Sprachrohr dieser Elite, aber nicht der Menschen in Europa.“

<https://afdbundestag.de/droese-bruessel-lenkt-mit-dem-feindbild-orban-von-den-eigenen-problemen-ab/>

### **Regenbogen-Debatte um Stadion – Deutschlands Überheblichkeit ist grotesk**

Die UEFA hat die Beleuchtung der Allianz Arena im Regenbogen-Stil untersagt. Damit entspricht sie einer Intervention des ungarischen Außenministers, der sich zu Recht gegen dieses politische Statement im Rahmen der diesjährigen Europameisterschaft gewehrt hat. Mariana Harder-Kühnel, familienpolitische Obfrau der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, begrüßt die Entscheidung der UEFA:

„Die Überheblichkeit, mit der Deutschland anderen EU-Mitgliedstaaten inzwischen begegnet, ist völlig fehl am Platz. Ein vielbeachtetes Fußballturnier dafür zu instrumentalisieren, die Politik Ungarns zu kritisieren, steht uns weder zu, noch ergibt sich irgendein Zusammenhang mit der Europameisterschaft. Ungarn ist stattdessen für seine Politik zu beneiden. Es stellt nicht nur die herkömmliche Familie als Keimzelle der Gesellschaft in den Vordergrund, sondern verfolgt auch in Sachen Migrationspolitik eine völlig andere Agenda, die auch uns gut zu Gesicht stehen würde.

Jeden Einsatz für Vielfalt und Toleranz lässt die deutsche Politik hingegen vermissen, wenn es um die im kommenden Jahr in Katar stattfindende Weltmeisterschaft geht. Bis heute ist Homosexualität in dem islamischen Land verboten und wird mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft, außerdem werden dort Homosexuelle ausgepeitscht. Spannend ist dahingehend die Frage, ob man auch während der kommenden Weltmeisterschaft eine bunte Beleuchtung der Stadien in Katar fordert, dort ebenfalls mit ‚Respect‘-Emblem auf dem Trikot aufläuft und eine Kapitänsbinde im ‚Rainbow-Look‘ trägt.“

<https://afdbundestag.de/harder-kuehnel-regenbogen-debatte-um-stadion-deutschlands-ueberheblichkeit-ist-grotesk/>

### **Armenien hat Regierungskurs bestätigt**

Am Sonntag fand in der südkaukasischen Republik Armenien die vorgezogene Parlamentswahl statt. Unter den insgesamt 25 zur Wahl stehenden Parteien und Blöcken lief der Kampf vor allem



zwischen der Partei des Regierungschefs Nikol Paschinjan „Zivilvertrag“ und dem oppositionellen Block „Armenien“ unter der Führung des früheren armenischen Präsidenten Robert Kotscharjan.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Viktor Podolay, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, war am vergangenen Wochenende zusammen mit seinem Fraktionskollegen Christoph Neumann als OSZE-Wahlbeobachter des Deutschen Bundestages bei der Parlamentswahl in der armenischen Hauptstadt Jerewan.

Podolay erklärt dazu:

„Auch für uns, qualifizierte Wahlbeobachter, war es eine Überraschung, als der Regierungschef mit seiner Partei ‚Zivilvertrag‘ nach Auszählung aller Stimmen mit knapp 54 Prozent deutlich stärkste Kraft wurde. Sein Hauptgegner Kotscharjan erhielt nur etwa 21 Prozent der Stimmen und will den Wahlausgang nicht anerkennen. Bereits bei der Abstimmung beklagte er zahlreiche Verstöße. Von meinen Kollegen in der OSZE-Wahlbeobachtungsmission wurde diese Parlamentswahl hingegen als weitgehend fair und frei bewertet. Dieser Bewertung schließe ich mich vollkommen an. Die Durchführung der Wahl ist in den von mir besuchten Wahllokalen äußerst korrekt und transparent gelaufen und auch die anschließende Stimmenauszählung entsprach den OSZE-Standards.

Was ist nun zu beklagen? Die Wahlbeteiligung lag bei unter 50 Prozent. Grund dafür ist der andauernde Schockzustand der Armenier infolge der Niederlage nach einer Militäroffensive Aserbaidschans und der Türkei in Berg-Karabach Ende letzten Jahres. Damals schien Paschinjan die moralische Legitimität durch seine Landsleute verloren zu haben, was wiederum politisch zu der vorgezogenen Wahl führte. Heute nach dem Wahlsieg spricht er trotz der polarisierten Gesellschaft von einer überzeugenden Mehrheit. Unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung hat Paschinjan jedoch lediglich ein Viertel der Bevölkerung hinter sich.“

<https://afdbundestag.de/podolay-armenien-hat-regierungskurs-bestaetigt/>

### **Union erschreckend ratlos beim Thema Rente**

Die Union hat ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 veröffentlicht. Zum Abschnitt 4.1. „Finanzielle Sicherheit im Alter“ erklärt die rentenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Ulrike Schielke-Ziesing:

„Die hier zum Thema Rente vorgestellten Ideen sind kein ‚Programm‘, sondern ein erschreckendes Zeichen der Ratlosigkeit. Es gibt durchaus lobenswerte Ideen in dem Papier, nur das meiste sind alte Bekannte: Zum Beispiel die versprochenen Verbesserungen für die jüdischen Kontingentflüchtlinge, die Nachbesserungen für die Erwerbsminderungsrentner, die seit den Reformen seit 2014 (!) schlichtweg vergessen wurden und so weiter. Neu ist, dass sich die Union zum Versprechen durchringt, die Doppelbesteuerung der Renten zu vermeiden, indem sie die Vorgaben des Bundesfinanzhofes umzusetzen will, eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Was sollen uns all diese Versprechungen sagen? Außer, dass die Liste der aufgeschobenen Vorhaben sehr lang ist und Liste der rentenpolitischen Erfolge erschreckend kurz? Vielleicht, dass die Union eben keine Idee und keine Konzepte für die mittelfristige Sanierung des Rentensystems hat. Kein Wort zu Fragen der Finanzierung, der Beitragshöhe oder der Lebensarbeitszeit. Das ist doch das, was die Bürger zu Recht am meisten interessiert. Gerade hier könnte die Wahrheit allerdings etwas unangenehm werden. Und deshalb wird wieder delegiert.



Nach dem Motto ‚Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis‘ hatte die Regierung 2018 eine Rentenkommission eingesetzt, die Vorschläge für die Weiterentwicklung des Rentensystems ab 2025 entwickeln sollte, bekanntlich ohne Ergebnis. Nun soll der Sozialbeirat zum ‚Alterssicherungsbeirat‘ geadelt werden. Das klingt gut, aber mehr auch nicht. Bislang hatte die Regierung die Vorschläge des Sozialbeirats in schönster Regelmäßigkeit ignoriert. Warum sollte es in Zukunft anders sein?

Der einzige zukunftsorientierte Vorschlag in diesem Papier stammt ausgerechnet von uns, die Generationenrente. Das ist in der Tat ein sinnvolles Instrument für das Rentensystem, wirkt allerdings erst in rund 65 Jahren. Das reicht vorne und hinten nicht, um die jetzt anstehenden Probleme zu lösen. CDU und CSU hatte viele Jahre Zeit, sich für ein tragfähiges System der Altersvorsorge einzusetzen, das haben sie bekanntermaßen nicht getan. Und mit diesem Programm wird sich daran auch nichts ändern.“

<https://afdbundestag.de/schielke-ziesing-union-erschreckend-ratlos-beim-thema-rente/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.6.2021

### Irre: Sachsen will Maskenpflicht im Juli fortsetzen, selbst wenn die Inzidenz auf null fällt!



Die Maskenpflicht in Geschäften, bei körpernahen Dienstleistungen (u. a. Friseur) und in Bus und Bahn bleibt in Sachsen bis zum 28. Juli bestehen. Selbst wenn die Inzidenz auf 0 sinken würde!

Wieder mal eine völlig schwachsinnige Festlegung durch die sächsische Landesregierung.

Wir sagen ganz klar: Schluss mit Maskenpflicht und Testpflicht und zwar bundesweit. Die Corona-Pandemie ist längst vorbei!

<https://www.facebook.com/norbert.kleinwaechter/photos/a.360080164358175/1424185704614277/>

### Afghanistan – Ein „geordneter Rückzug“ aus einem Desaster

Anlässlich der heutigen Bundestagsdebatte zum „geordneten Rückzug der NATO-Truppen aus Afghanistan“ äußert der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paul Hampel:

„Nach 20 Jahren endet der größte und längste Einsatz der NATO und damit auch der größte, verlustreichste, teuerste und längste Einsatz der Bundeswehr. Mit Anerkennung würdigt die AfD-Fraktion die persönliche Leistung aller Soldaten, die dort gedient haben und wir gedenken mit großem Respekt der in Afghanistan gefallenen Soldaten, Polizisten und zivilen Helfer. Aber ganz klar muss festgestellt werden: Es ist gut, dass dieser Einsatz endlich beendet wird.“



Und nun gilt es diesen Einsatz außenpolitisch als das zu bewerten, was er war und ist: Ein Desaster.

NTV titelt heute: ‚Taliban rücken weiter vor. Bundeswehr: Können unser Camp verteidigen‘. Das bringt dieses politische Scheitern auf den Punkt. Angetreten mit dem Anspruch, Afghanistan Demokratie und Menschenrechte zu bringen, das Leben der Menschen zu verbessern und sogenanntes ‚nation building‘ zu betreiben, sind wir jetzt gerade noch in der Lage, das eigene Camp zu sichern und einen hoffentlich geordneten Rückzug zu bewerkstelligen. Wenn diese schwarz-rote Bundesregierung von einem geordneten Rückzug sprechen will, muss man sagen: Es ist ein Rückzug aus einem Desaster. Deutschland wurde nie am Hindukusch verteidigt und es war einer der verhängnisvollsten Fehler der damals rot-grünen Regierung, in diesen Einsatz überhaupt hinein zu gehen und dann noch nicht einmal rechtzeitig eine Exit-Strategie zu entwickeln. Alle folgenden deutschen Regierungen haben die Augen vor dieser Wahrheit verschlossen, haben versagt, verheimlicht, vertuscht und ideologisch schöngeredet. Das alles darf keine Blaupause für die zukünftige Außenpolitik werden. Umso wichtiger wird es sein, weitere außenpolitische Abenteuer mit Einsätzen der Bundeswehr oder der Lieferung von defensiven Waffen à la Habeck zukünftig zu verhindern. Und dafür wird die AfD-Fraktion weiter kämpfen.“  
<https://afdbundestag.de/hampel-afghanistan-ein-geordneter-rueckzug-aus-einem-desaster/>

### **Generalbundesanwalt lässt Linksgrün im Bundestag angesichts der islamistischen Terrorgefahr verstummen**

Heute war in der Innenausschusssitzung im Deutschen Bundestag der Generalbundesanwalt (GBA) zu Gast. Er sprach zu laufenden Ermittlungsverfahren im Bereich des Rechtsterrorismus und des islamischen Terrorismus. Die Anzahl der Verfahren im Bereich Rechtsterrorismus bezifferte er mit 45 und die Anzahl im Bereich islamischer Terrorismus mit 1500 Verfahren. Jährlich würden im Bereich Islamismus 600 Verfahren neu eröffnet.

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, erklärt:

„Bei 1500 Verfahren im Bereich des islamistischen Terrorismus und 45 im Bereich des Rechtsterrorismus verschlug es Linksgrün die Sprache, als der Generalbundesanwalt im Bundestag die Fakten darstellte. Das Schweigen von Roten und Grünen im Innenausschuss war ohrenbetäubend. Woher die Gefahr kommt, zeigt sich damit ganz deutlich. Aber auch Seehofer und Haldenwang haben vor kurzem bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts noch ihr Regierungs-Credo verkündet: Die Gefahr kommt von rechts. Damit soll auch davon abgelenkt werden, was das AfD-Sondervotum zum Untersuchungsausschuss ‚Terroranschlag Breitscheidplatz‘ diese Woche ergeben hat: Ein gigantisches Staatsversagen beim Kampf gegen den islamistischen Terrorismus.“

<https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-generalbundesanwalt-laesst-linksgruen-im-bundestag-angesichts-der-islamistischen-terrorgefahr-verstummen/>

### **Parlamentarische Versammlung des Europarats bekräftigt Verbot der Impfpflicht dank Engagement der AfD-Fraktion**

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat heute durch den Beschluss eines Berichts zu COVID-19-Pässen bekräftigt, dass es unter keinen Umständen eine Impfpflicht geben darf, auch und insbesondere nicht durch vermeintliche Vorteile, die ein COVID-19-Pass gewähren



könnte. Der neue Bericht zitiert eine frühere Resolution, die dieses Verbot der Impfpflicht formuliert hatte.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter, Mitglied der deutschen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats, bemerkt dazu:

„Es war die AfD-Fraktion mit ihrem Vertreter Ulrich Oehme, die dieses Verbot der Impfpflicht in die Dokumente der Parlamentarischen Versammlung des Europarats hineinverhandelt hat, und wir freuen uns, dass die Abgeordneten aus ganz Europa unverbrüchlich dazu stehen. Die AfD-Fraktion hat bewirkt: Es darf keine Impfpflicht geben, egal ob direkt oder durch die Hintertür. Das ist ein ganz entscheidender Erfolg für die Freiheit und die volle Geltung der Menschenrechte, über deren Einhaltung und Durchsetzung der Europarat wacht.“

<https://afdbundestag.de/kleinwaechter-parlamentarische-versammlung-des-europarats-bekraeftigt-verbot-der-impflicht-dank-engagement-der-afd-fraktion/>

### **Fünf Jahre Brexit-Referendum – und Großbritannien ist nicht untergegangen**

Heute jährt sich das Brexit-Referendum zum fünften Mal. Dazu äußert sich der Leipziger AfD-Bundestagsabgeordnete im EU-Ausschuss Siegbert Droese:

„Was gab es nicht alles für Horrorszenarien: Die Briten würden auf ein Niveau eines Entwicklungslandes fallen; 100 km Stau vor Dover; Das Pfund nichts mehr wert.

Nichts von alledem ist eingetreten. UK macht schlaue Deals, beispielsweise mit Australien. Die Beziehungen zu den USA werden noch enger. Und auf die EU konnte man getrost verzichten, etwa in der Coronakrise: Kein Land in Westeuropa, das so schnell geimpft hat. Und beim Brexitvertrag scheinen die Briten auch nicht viel falsch gemacht zu haben. Sanktionsdrohungen aus Brüssel lassen London kalt. UK ist auch raus aus der Schuldenunion und Migranten müssen sie auch nicht mehr aufnehmen als sie wollen.

Kurz: Der Brexit ist in vielerlei Hinsicht eine Blaupause für andere. So sollten auch wir in Deutschland sehr genau nach London schauen. Sollte die EU tatsächlich jetzt noch neue Länder vom Balkan aufnehmen, dürften sich auch weitere Staaten für die Entwicklung in Großbritannien interessieren.“

<https://afdbundestag.de/droese-fuenf-jahre-brexit-referendum-und-grossbritannien-ist-nicht-untergegangen/>

### **EU-Kommission arbeitet bei E-Mobilität mit falschen Zahlen**

Der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dirk Spaniel, sieht sich durch die Berechnungen der IASTEC (International Association of sustainable drivetrain und vehicle technology research) zur CO<sub>2</sub>-Bilanz von E-Fahrzeugen bestätigt:

„Eine Studie von 171 renommierten Wissenschaftlern hat nun ganz klar herausgearbeitet, dass die EU-Kommission bei der Berechnung der CO<sub>2</sub>-Bilanz von E-Autos mit falschen Zahlen arbeitet. Tatsächlich müssen die bisher angenommenen Zahlen mal zwei genommen werden. Ich habe mich im Bundestag schon mehrfach dazu geäußert, dass Elektroautos nicht zwingend klimafreundlicher sind als beispielsweise mit eFuels betriebene Fahrzeuge.“



Auch der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Wolfgang Wiehle, teilt diese Einschätzung:

„Das Papier von Professor Koch et alii legt die naive und ideologisch gefärbte Schönrechnerei aus Brüssel schonungslos offen. Es wird Zeit, dass die EU-Kommission endlich die ideologischen Scheuklappen abnimmt und am Technologiestandort Europa auch technologieoffen agiert.“

Hintergrund der falschen Zahlen ist ein elementarer Berechnungsfehler bei der Stromversorgung der E-Autos. Während die EU-Berechnungen von einem durchschnittlichen Energiemix ausgehen, müsste realistischerweise berücksichtigt werden, dass die Versorgung mit grüner Energie stark schwankt. Immer dann, wenn keine Sonnen- oder Windenergie zur Verfügung steht, würden die E-Autos mit fossiler Energie betankt. Das wiederum führt zu einer deutlich schlechteren CO<sub>2</sub>-Bilanz im Lebenszyklus eines E-Fahrzeugs.

Die AfD-Fraktion fordert schon seit Jahren Technologieoffenheit sowie eine Gleichstellung von E-Mobilität und Verbrennungsmotoren, die mit synthetischen Kraftstoffen betrieben werden. So zeigen beispielsweise Berechnungen, dass ein mit R33 (Kraftstoff mit 33 Prozent synthetischem Anteil) betriebener Hybrid-Diesel im Lebenszyklus klimafreundlicher fährt als ein E-Auto. Darüber hinaus setzt sich die AfD-Fraktion in Sachen CO<sub>2</sub>-Emissionen für eine ‚Well to Wheel‘-Betrachtung der verschiedenen Antriebstechnologien ein.

<https://afdbundestag.de/spaniel-wiehle-eu-kommission-arbeitet-bei-e-mobilitaet-mit-falschen-zahlen/>

### **Das Verwaltungsgericht Berlin hat unsere Position bestätigt**

Andreas Loetscher, ein ehemaliger Bilanzprüfer des Wirecard-Konzerns, wollte im Wege einer einstweiligen Anordnung die Veröffentlichung des Abschlussberichts des Wirecard-Untersuchungsausschusses verhindern, soweit darin seine Person betreffende Passagen enthalten sind und er namentlich genannt wird. In erster Instanz entschied das Verwaltungsgericht Berlin gegen ihn und eine Beschwerde gegen diese Entscheidung hatte beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ebenso keinen Erfolg.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Wirecard, Kay Gottschalk, hierzu:

„Wir begrüßen die Entscheidung und Begründung des VG Berlin ausdrücklich, insbesondere, dass der Deutsche Bundestag beziehungsweise seine Untersuchungsausschüsse unabhängig von Regierung, Behörden und Gerichten Sachverhalte prüfen sollen und bewerten können. Weshalb sowohl der Inhalt des Abschlussberichts als auch dessen Veröffentlichung der richterlichen Erörterung entzogen wird.“

Ähnlich optimistisch sehe ich dem Prozess mit EY beim Ermittlungsrichter des BGH entgegen. Auch hier erwarte ich eine richtungsweisende und positive Entscheidung, die zukünftig anderen Untersuchungsausschüssen helfen wird und für Rechtssicherheit sorgt.

Der Untersuchungsausschuss ist als unabhängige Instanz immens wichtig und ungeschwätzte Abschlussberichte sind ein Zeichen der Transparenz und des Aufklärungswillens für den eben jene Ausschüsse stehen.

Wie wichtig Untersuchungsausschüsse sind, hat der zurückliegende PUA Wirecard deutlich gezeigt. Nur so konnte zumindest etwas Licht ins Dunkel dieser Staatsaffäre gebracht werden.



Die AfD-Fraktion wird alles daran setzen, dass die richtigen Konsequenzen daraus gezogen werden, wie eben auch die Haftungsverschärfung bei Wirtschaftsprüfern und eine kürzere Rotation derselben.“

<https://afdbundestag.de/gottschalk-das-verwaltungsgericht-berlin-hat-unsere-position-bestaetigt/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.6.2021

### **Merkels Versprechen zur Aufklärung des islamistischen Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz wurde nicht eingelöst**

Der Abschlussbericht zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz wurde im Bundestag debattiert – mit einem Sondervotum der AfD-Bundestagsfraktion.

Der AfD-Obmann im 1. Untersuchungsausschuss „Terroranschlag Breitscheidplatz“, Stefan Keuter erklärt zum Sondervotum der AfD-Fraktion:

„Der Untersuchungsausschuss ‚Terroranschlag Breitscheidplatz‘ hat – wenig überraschend – ein massives Versagen von mehreren Bundes- und Landesbehörden ergeben, das verantwortlich war für den Anschlag und die Toten auf dem Breitscheidplatz: Der Attentäter hätte gar nicht erst einreisen dürfen, dann hätte er mindestens abgeschoben werden müssen, was nicht erfolgte und als er schließlich selber ausreisen wollte, haben unsere Sicherheitsbehörden diese Ausreise aktiv verhindert. Klar wurde auch: Amri war eingebettet in eine islamische Parallelwelt. Er ist – so viel ist nicht ernsthaft bestreitbar – kein Einzeltäter gewesen. Aber sogar zu seiner Täterschaft sind Fragen offen geblieben. Der Untersuchungsausschuss müsste in der nächsten Legislaturperiode im Prinzip fortgesetzt werden.“

Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt:

„Staatsversagen auf ganzer Linie hat den Anschlag auf dem Breitscheidplatz ermöglicht. Die Sicherheitsbehörden waren in der Situation auch überfordert und hatten nun an vielen Stellen erkennbar kein Interesse an der Aufklärung. Damit ähnliche Anschläge künftig verhindert werden, braucht es Mut zur Wahrheit: Wir haben zu viele Gefährder im Land. Sie sind nicht zu überwachen, sondern – soweit ohne deutschen Pass – abzuschieben und noch wichtiger: Sie dürften gar nicht erst einreisen.“

<https://afdbundestag.de/stefan-keuter-beatrix-von-storch-merkels-versprechen-zur-aufklaerung-des-islamistischen-terroranschlags-auf-dem-berliner-breitscheidplatz-wurde-nicht-eingeloest/>

### **Änderung des Infektionsschutzgesetzes unter der Tarnkappe ist Missachtung des Parlaments**

Der Bundestag stimmt heute über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts ab. Allerdings wurde ihm mit einer erneuten Änderung des Infektionsschutzgesetzes ein völlig sachfremder Zusatz aufgepfropft.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi lehnt diese Art der Gesetzgebung ab:

„Der eigentliche Gegenstand des Gesetzentwurfs, nämlich die Reform des Stiftungsrechts, findet durchaus unsere Zustimmung. Was aber gar nicht geht, ist die Art von Tarnkappengesetzgebung, welche die Regierungsmehrheit hier praktiziert, nicht zum ersten Mal übrigen. In der





Ausschusssitzung am Dienstag haben die Regierungsfractionen kurzfristig und überraschend dem Gesetz einen völlig neuen, sachfremden Gegenstand angehängt. Mit diesem Vorgehen wird ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren ausgehebelt, insbesondere die erste Lesung im Plenum und die Beratung im zuständigen Gesundheitsausschuss. Dass die Öffentlichkeit und womöglich auch ein Teil der Abgeordneten so Gefahr laufen, überhaupt nicht mitzubekommen, was da nunmehr beschlossen werden soll, lässt auf ein zweifelhaftes Demokratieverständnis schließen.

Auch in der Sache lehnen wir diese klandestine Änderung des Infektionsschutzgesetzes ab. Die weitere Ermächtigung der Regierung zu pauschalen Grundrechtseingriffen bei der Einreise sogar nach einem Ende der epidemischen Lage, ohne eine tatsächlich festgestellte fortbestehende Gefahrenlage, kommt für uns nicht in Betracht. Eine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf, und damit auch zu der eigentlich sinnvollen Reform des Stiftungsrechts, wird so unmöglich gemacht.“  
<https://afdbundestag.de/jacobi-aenderung-des-infektionsschutzgesetzes-unter-der-tarnkappe-ist-missachtung-des-parlaments/>

### **Funktionierende Demokratien brauchen keine Sprech- und Schreibdiktatur**

Die großen deutschsprachigen Presseagenturen haben die schrittweise Zurückdrängung des generischen Maskulinums angekündigt.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst erklärt dazu:

„Dem Land der Dichter und Denker muss niemand sprachlich auf die Sprünge helfen. Was die richtige Richtung unserer sprachlichen Entwicklung ist, legen die Menschen in ihrer Mehrheit fest und nicht irgendwelche Presseagenturen. In einer Umfrage lehnten 78 Prozent der Teilnehmer gendern eindeutig ab. Es regt sich immer größerer Widerstand gegen die sexistische, radikal feministische, einseitige Aufkündigung über Jahrhunderte tradierter kultureller und sprachlicher Vereinbarungen der deutschen Sprache. Die neue, erwünschte Redeweise, welche permanent das weibliche Geschlecht im Munde führen und sichtbar machen möchte und gleichzeitig die sprachliche Unsichtbarmachung des Mannes verfolgt, soll nun dem Volk von der Erziehungspresse verordnet werden. Linguistisch unhaltbar, wird nicht mehr nur die Werbetrommel des linken Kulturkampfes gerührt, sondern versucht, über künstliche Sprachumbildung erzieherisch bevormundende Denkverbote umzusetzen. Bereits jetzt werden Männer in einer weiblichen Form angesprochen, Studenten gezwungen ihre Arbeiten sprachlich zu verhunzen und der männliche Bürgermeister wird zur Bürgermeister:In. Da keine grammatikalischen Regeln existieren, wird es für unsere Kinder genauso wie für Ausländer immer schwerer unsere Sprache zu verstehen und zu erlernen. Sprachungetüme behindern oder schädigen nachhaltig Literatur, Kommunikation und Wissenschaft. Wie soll diese geschlechtsbetonte Kunstsprache in deutschen Liedern gesungen werden? Wie in die Gebärdensprache übersetzt werden?  
In Frankreich wurde deswegen gendern an Schulen und in Behörden verboten. Gleichberechtigung ist richtig, doch hier erfolgt auf indirektem Weg Spaltung und zerstörerischer Angriff auf die Gesellschaft. Die AfD-Fraktion lehnt daher gendern ab und fordert alle, die das genauso sehen dazu auf, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren. Die aktuell laufende Petition des Vereins Deutsche Sprache (VDS) ist ein solches Mittel.“  
<https://afdbundestag.de/hoechst-funktionierende-demokratien-brauchen-keine-sprech-und-schreibdiktatur/>



### **Mangelhafte Prognosen gefährden Energieversorgung – Kernkraftwerke weiterlaufen lassen**

Nach den bisherigen Prognosen der Bundesregierung erhöht sich der Strombedarf bis 2030 nicht. Bundeskanzlerin Merkel erklärte beim Tag der Industrie nun aber, dass diese Prognosen des Strombedarfes aus ihrer Sicht nicht zukunftsfähig seien.

Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Steffen Kotré, erklärt dazu:

„Hier offenbart sich die Verantwortungslosigkeit der Energiepolitik der Bundesregierung. Seit Jahren warnen wir vor der absehbar drohenden Stromlücke. Es drohen Blackouts und enorme wirtschaftliche Schäden. Die höchsten Strompreise aller Industrienationen weltweit sind ein deutliches Warnsignal.

Unsere modernen und sicheren Kernkraftwerke 2022 abzuschalten, ohne verlässliche Alternativen zu haben, ist ein schwerer Fehler. Eine Verlängerung der Fristen ist unverzichtbar. Mittelfristig brauchen wir den Wiedereinstieg in die moderne und sichere Kernenergie. Bei ideologiefreier Betrachtung ist dies die rationalste und umweltfreundlichste Lösung, die den Energiebedarf Deutschlands zuverlässig und günstig decken kann.“

<https://afdbundestag.de/kotre-mangelhafte-prognosen-gefaehrden-energieversorgung-kernkraftwerke-weiterlaufen-lassen/>

### **Wenn wir die Weidehaltung in Deutschland erhalten wollen, müssen wir den Wolf regulieren**

Heute wird im Deutschen Bundestag über den AfD-Antrag „Weidetierschutz verbessern – Tödliche Wolfsangriffe reduzieren“ (BT-Drucksache 19/26230) abgestimmt. Um die Weidetierhaltung in Deutschland zu erhalten, wird darin eine bundesweit einheitliche und rechtssichere Bestandsregulierung des Wolfes gefordert. Zusätzlich sollen Herdenschutzmaßnahmen wie wolfsabweisende Zäune und Schutzhunde künftig vollständig gefördert und Weidetierrisse schnell und unbürokratisch finanziell entschädigt werden.

Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, äußert sich zum Antrag wie folgt:

„Der Wolf ist ein Raubtier und unterscheidet nicht zwischen Wild- und Nutztier. Mit zunehmender Ausbreitung steigt deshalb leider auch die Zahl der gerissenen Weidetiere. Trotz aufwändiger und kostenintensiver Herdenschutzmaßnahmen, werden jährlich etwa 3.000 Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde von Wölfen getötet oder schwer verletzt. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Wenn wir die Weidehaltung in Deutschland erhalten wollen, dann müssen wir sowohl die rasant wachsenden Wolfsbestände regulieren als auch die Betriebe noch stärker finanziell unterstützen. Beides fordern wir in unserem Antrag.

Ich freue mich, dass auch die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner mittlerweile die Notwendigkeit eines aktiven Bestandsmanagements erkannt hat. Wenn die Union heute über ihren eigenen Schatten spränge und unserem Antrag zustimmen würde, dann könnten wir die genannten Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen. Es besteht dringender Handlungsbedarf.“

<https://afdbundestag.de/protchka-wenn-wir-die-weidehaltung-in-deutschland-erhalten-wollen-muessen-wir-den-wolf-regulieren/>



### **Nationale Tourismusstrategie wird zur Lachnummer**

Am 23.6.2021 hat die Bundesregierung im Tourismusausschuss über die Umsetzung der Nationalen Tourismusstrategie berichtet. Dabei standen insbesondere die Maßnahmen im Mittelpunkt, die auf der Grundlage eines vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunktepapiers ergriffen wurden oder vorgesehen sind. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Tourismusausschusses, Sebastian Münzenmaier:

„Die Nationale Tourismusstrategie begann als Black Box, wurde später zur unendlichen Geschichte und endet jetzt schließlich als Lachnummer. Allein 14 Monate brauchte die Bundesregierung von der Idee im Koalitionsvertrag bis zu einem wortreichen Eckpunktepapier, das nur aus der Beschreibung von Handlungsfeldern bestand. Konkrete Maßnahmen: Fehlanzeige. Dann wurden zwei Beratungsgesellschaften beauftragt, Vorschläge für einen Aktionsplan auszuarbeiten. Über Monate wurde deutschlandweit ein umfassender Dialogprozess unter Beteiligung relevanter Tourismusakteure durchgeführt. Heraus kam eine Studie. Diese soll jetzt nach Worten der Bundesregierung als Ausgangsbasis für mögliche politische Maßnahme dienen. Um nicht ohne Hose dazustehen, werden nun altbekannte Maßnahmen, wie die öffentliche Förderung des touristischen Auslandsmarketings, unter das Label der neuen ‚Tourismusstrategie‘ gestellt. Dieses magere Ergebnis ist nach vier Jahren Arbeit eine politische Bankrotterklärung. Zum Vergleich: Österreich benötigte als professionelles Reiseland für seine Tourismusstrategie bis zur Fertigstellung lediglich ein Jahr.“

<https://afdbundestag.de/muenzenmaier-nationale-tourismusstrategie-wird-zur-lachnummer/>

### **PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.6.2021**

#### **Verfassungswidrige Forderungen – Kretschmann muss umgehend zurücktreten**

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung „nicht verhältnismäßige“ Maßnahmen „gegenüber den Bürgern“ gefordert, um die Pandemie „in die Knie zu zwingen“. Weiterhin fordert er eine „Regimeänderung“, um „harte Eingriffe in die Bürgerfreiheiten“ zu ermöglichen. Dazu erklärt Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Winfried Kretschmann hat den Schleier gelüftet. Was die Bürger erwartet, sollten die Grünen in Regierungsverantwortung kommen, hat diktatorische Ansätze. Darüber hinaus gibt er unverblümt einen Ausblick auf das, was uns auch in Sachen Klimapolitik mit den Grünen erwartet. Schon jetzt werden aus deren Reihen immer öfter Rufe nach Klimalockdowns laut, für die dann sicherlich die gleichen verfassungswidrigen Maßstäbe angewendet werden sollen.“

Die Grünen sind ein Fall für den Verfassungsschutz, das gilt nicht nur für Kretschmanns Forderung, unser demokratisches System zugunsten verfassungswidriger Eingriffe in die Freiheit der Bürger zu ändern, sondern auch für deren Wahlprogramm. Denn Kretschmann äußert hier keine Einzelmeinung, sondern stark komprimiert das, was sich die Grünen als Regierungsagenda auf die Fahne geschrieben haben.

So oder so muss Winfried Kretschmann umgehend zurücktreten. Ein Ministerpräsident in hoher Verantwortung, der unsere Demokratie abschaffen will, ist für dieses Amt völlig ungeeignet.“



<https://afdbundestag.de/alice-weidel-verfassungswidrige-forderungen-kretschmann-muss-umgehend-zuruecktreten/>

## Video-Empfehlungen

### Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

### Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

[https://www.youtube.com/channel/UC\\_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos](https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos)

### Kanal von AfD Kompakt TV

#### Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

### AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



## Meldungen aus Deutschland und der Welt

### Vermischtes aus Deutschland und der Welt

#### **Lehrer sollen nicht mehr „Junge“ und „Mädchen“ sagen**

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2021/lehrer-sollen-nicht-mehr-junge-und-maedchen-sagen/>

#### **Great Reset: Was und wer steckt dahinter?!**

<https://auf1.tv/krass-und-spass-auf1/great-reset-was-und-wer-steckt-dahinter/>

#### **Merkel Regime lässt Wohnung von Immunologen Prof. Hockertz stürmen**

<https://report24.news/merkel-regime-laesst-wohnung-von-immunologe-prof-hockertz-stuermen/>

#### **Ungarns Premier will Befugnisse der EU einschränken**

<https://www.diepresse.com/5996417/ungarns-premier-will-befugnisse-der-eu-einschranken>

#### **VIKTOR ORBAN SAGT REISE ZUM EM-SPIEL NACH MÜNCHEN AB UND MAHNT DEUTSCHE POLITIK**

<https://www.tag24.de/sport/fussball/europameisterschaft/viktor-orban-sagt-reise-zum-em-spiel-nach-muenchen-ab-und-mahnt-deutsche-politik-2015422>

#### **Das steht im Gesetz der Regierung Orbán – jetzt erstmals in deutscher Sprache**

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/das-steht-im-gesetz-der-regierung-orban/>

#### **Polen springt Ungarn zur Seite und verteidigt umstrittenes Gesetz gegen Homosexualität**

[https://www.focus.de/politik/nach-heftiger-kritik-homosexuellengesetz-evident-und-unbezweifelbar-polen-verteidigt-ungarn-gegen-kritik-am-gesetz-ueber-umgang-mit-homosexualitaet\\_id\\_13431346.html](https://www.focus.de/politik/nach-heftiger-kritik-homosexuellengesetz-evident-und-unbezweifelbar-polen-verteidigt-ungarn-gegen-kritik-am-gesetz-ueber-umgang-mit-homosexualitaet_id_13431346.html)

#### **Kickl: Keine Staatsbürgerschaft mehr für Türken**

[https://www.krone.at/2444276?fbclid=IwAR2nkuALK\\_c52NkzsnkLS95QSYz2QJ\\_MoMI1dO5UaFG6yQYYyu\\_fEJiHo00](https://www.krone.at/2444276?fbclid=IwAR2nkuALK_c52NkzsnkLS95QSYz2QJ_MoMI1dO5UaFG6yQYYyu_fEJiHo00)

#### **Von wegen Remis: Ungarn moralischer Sieger!**

<https://www.pi-news.net/2021/06/von-wegen-remis-ungarn-moralischer-sieger/>

## Informationen zum Coronavirus

#### **Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard**

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

#### **Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard**

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>



### **Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands**

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

### **Ex-Vizepräsident von Pfizer packt aus: „Wir stehen an den Pforten der Hölle“**

<https://www.journalistenwatch.com/2021/06/17/ex-vizepraesident-pfizer-2/>

### **Virologe Hendrik Streeck kritisiert Debatte über Delta-Variante - „Unnötige Angst“**

<https://www.fuldaerzeitung.de/fulda/corona-virologe-hendrik-streeck-delta-variante-experte-maske-curevac-interview-bonn-90811297.html>

### **Beweise, dass der Covid-19-Impfstoff Kinder tötet**

<https://uncutnews.ch/beweise-dass-der-covid-19-impfstoff-kinder-toetet/>

### **WHO ändert Empfehlung: Kinder und Jugendliche nicht impfen!**

<https://report24.news/who-aendert-empfehlung-kinder-und-jugendliche-nicht-impfen/>

### **Forscherteam lässt aufhorchen: Masken nützen nicht – sie machen krank**

<https://www.wochen-blick.at/forscherteam-laesst-aufhorchen-masken-nuetzen-nicht-sie-machen-krank/>

## **Corona-Infos für Sachsen**

### **Sächsische Corona-Schutz-Verordnung**

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

### **Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen**

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

### **Corona-Statistik Landkreis Bautzen**

[https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK\\_32xIQP\\_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9](https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9)

## **Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“**

### **Schießerei in Berlin-Wedding: Drei Männer schwer verletzt**

<https://www.welt.de/regionales/berlin/article231980875/Schiesserei-in-Berlin-Wedding-Drei-Maenner-schwer-verletzt.html>



### Fakten in Bildern



**"Wir haben uns von einer Utopie versklaven lassen. Und diese Utopie heißt: ‚Supra-nationales Europa‘. Das aber ist eine Illusion. Es gibt keine Europäer – es gibt nur europäische Völker."** - Viktor Orbán



### Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!







## Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

## PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

## SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen  
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552  
BIC: OSDDDE81XXX  
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

\*\*\*

**VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!**

## KONTAKT:

Büro Bautzen  
Karl-Marx-Str. 15  
02625 Bautzen  
03591-5328336  
Montag – Freitag  
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda  
Friedrichsstr. 9  
02977 Hoyerswerda  
03571-2096287  
Montag: Geschlossen  
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr  
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz  
Klosterstr. 4  
03578-7889108  
Montag 12.00-18.00 Uhr  
Dienstag 10.00-18.00 Uhr  
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr  
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr  
Freitag 8.00-13.00 Uhr

[www.afdbautzen.de](http://www.afdbautzen.de)  
[info@afdbautzen.de](mailto:info@afdbautzen.de)



AfD-Kreisverband Bautzen